
Dokumentation

35 Stunden sind genug! Solidaritätskonferenz der IG Metall zum Thema „35-Stunden-Woche“ am 21. Januar 1984 in Frankfurt

Zum Auftakt der Mobilisierung für die 35-Stunden-Woche veranstaltete die IG Metall am 21. Januar 1984 in Frankfurt eine Solidaritätskonferenz mit Gästen aus dem In- und Ausland. Politiker sowie Vertreter aus Kirche und Gewerkschaften machten deutlich, daß die IG Metall in ihrem Kampf um die 35-Stunden-Woche mit großer Unterstützung rechnen kann.

Solidaritätsbekundungen erhielt Hans Mayr, der erste Vorsitzende der IG Metall, im Anschluß an seine Grußansprache von Ernst Breit (DGB), Kurt van Haaren (Deutsche Postgewerkschaft) und Kollegen/innen aus einigen Metallbetrieben, einem Arbeitslosen und von Repräsentanten der evangelischen und katholischen Kirche. Daß die IG Metall mit ihren Forderungen auch auf europäischer Ebene nicht alleine steht, bekräftigten Wim Kok (Europäischer Gewerkschaftsbund), Hermann Rebhahn (Internationale Metallarbeitergewerkschaft) und, als prominentester Sprecher der Konferenz, der ehemalige österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky.

Bruno Kreisky, einer der wenigen gewerkschaftlich organisierten Regierungschefs, sprach den Metallern Mut für ihren Kampf zu. Nachdem er selbst menschenleere Fabriken gesehen und sich in Studien über menschenleere Büros vertieft habe, sei ihm zu Bewußtsein gekommen, daß an der 35-Stunden-Woche kein Weg vorbeigehe, obwohl er nicht recht sagen könne, wieviele Arbeitsplätze dadurch tatsächlich geschaffen

würden. Er verwies auf eine Studie der OECD, nach der allein zum Halten des gegenwärtigen Beschäftigungsstandes in den westlichen Industrienationen bis 1989 täglich 20000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden müßten. Die 30 Millionen Arbeitslose heute seien aber in dieser Rechnung noch gar nicht enthalten; für sie wäre dann noch nichts gewonnen.

Zuversichtlich äußerte er die Überzeugung, daß sich die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich auf die Dauer nicht abweisen lasse. „Wenn einmal eine solche Forderung auf der gesellschaftspolitischen Tagesordnung steht, dann wird sie auch früher oder später verwirklicht werden.“ Den „konservativen Wirtschaftsdenkern“ warf er vor, bei ihren Verlautbarungen über Wirtschaft und Konjunktur kein Wort über die Arbeitslosigkeit zu verlieren. Ihr Gerde über die Kosten der 35-Stunden-Woche sei müßig angesichts von Zinsexzessen, deren Kosten in keinem Verhältnis zu denen der Finanzierung der 35-Stunden-Woche stünden. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche könne allerdings nicht einziges Mittel gegen die Arbeitslosigkeit bleiben. Man müsse sich darüber klar sein, daß der Wohlstand hier einem einzigartigen Umverteilungsprozeß zu verdanken sei. Eine Art Marshall-Plan für die Dritte Welt in Gang zu setzen, sei heute ebenso wichtig wie der Kampf um Arbeitszeitverkürzungen.

Das für Tarifpolitik zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall, Hans Janßen, faßte im Anschluß an alle zuvor gehaltenen Grußadressen zusammen, daß die Konferenz den hohen Stellenwert der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche nachdrücklich unterstrichen habe. Die IG Metall wolle keinen Arbeitskampf, aber sie werde einer von Arbeitgeberseite herbeigeführten Auseinandersetzung nicht ausweichen. Gestützt auf

die Solidarität des DGB und die internationale Solidarität seien die wirtschaftlich Mächtigen auf den Boden der Tatsachen herunterzuholen, wenn sie glaubten, die Sterne stünden für sie günstig, um eine rücksichtslose Politik gegen die Arbeitnehmer und ihre Familien widerstandslos durchzusetzen.

Nicht leben, um zu arbeiten, dürfe das Lebensglück des Menschen ausmachen, sondern umgekehrt: Arbeiten, um zu leben. Auf diesem Wege sei die 35-Stunden-Woche ein erster Schritt.

Auszüge aus der Rede Hans Mayrs:

„Vor mehr als einem Jahr hat die IG Metall das große Ziel der 35-Stunden-Woche auf ihre Fahnen geschrieben. Vor mehr als einem Monat haben die regionalen Verhandlungen um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit im Metallbereich begonnen. Die bisherigen Erfahrungen aus der tariflichen und öffentlichen Auseinandersetzung lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Wir müssen diese Auseinandersetzung den geschlossenen Widerstand des gesamten deutschen Arbeitgeberlagers führen.

Gesamtmetall täuscht Kompromißbereitschaft vor. Diesem Zweck dienen die sogenannten Arbeitgeberalternativen. Dabei handelt es sich letztlich um ein Null-Angebot. Das gilt für die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Sie hat nichts mit der Verkürzung der Arbeitszeit, sie hat ausschließlich mit der Verteilung der Arbeitszeit zu tun. Das gilt für die Teilzeitarbeit. Sie dient nicht der Schaffung neuer Arbeitsplätze, sondern der Spaltung vorhandener Arbeitsplätze. Das gilt letztlich sogar für die tarifliche Vorruhestandsregelung. Sie soll nach dem Willen von Gesamtmetall strikt an das Prinzip der beiderseitigen Freiwilligkeit gebunden werden. Sie soll damit faktisch in das Belieben der Arbeitgeber gestellt bleiben.

Gesamtmetall hält an seiner Tabupolitik fest. Das sogenannte Arbeitszeitangebot der Metallindustriellen ist an ein striktes Ultimatum gebunden - an die Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf weitere fünf Jahre.

Die öffentlichen Erklärungen der Metallindustriellen lassen keinen Zweifel daran, daß man die Überschreitung aller herkömmlichen Grenzen des Tarifkonflikts einkalkuliert, um die Unterschreitung der 40-Stunden-Woche zu verhindern.

Dem gegenüber erkläre ich hier im Namen der Industriegewerkschaft Metall: Wir wollen die Lösung auf dem Verhandlungswege. Aber wir werden dem offenen Konflikt nicht ausweichen, den die unveröhnliche Verweigerungspolitik der Arbeitgeber vorprogrammiert.

2. Wir müssen diese Auseinandersetzung gegen die Bundesregierung und gegen einflußreiche politische Kräfte dieses Landes führen.

Sie haben sich bedingungslos auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. Das geschah mit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs für eine tarifliche Vor-Ruhestandsregelung durch das Bundeskabinett. Er kam nur zustande, weil die IG Metall aus gesellschaftspolitischen und humanitären Gründen der Verkürzung der Wochenarbeitszeit Vorrang einräumt. Er kam zustande, weil Arbeitgeber und Bundesregierung mit seiner Hilfe die Gewerkschaften spalten und die IG Metall schwächen wollen. Das geschah und geschieht vor allem durch die permanente Parteinahme des derzeitigen Bundeskanzlers, durch die verantwortungslose Einmischung Helmut Kohls in die begonnene Tarifbewegung. Ich weiß nicht, ob er die sachliche Problematik der 35-Stunden-Woche hinreichend durchdacht hat. Aber wir alle sehen, daß ihn seine Vorurteile gegenüber den Gewerkschaften unwiderbringlich auf die Seite der Unternehmer getrieben haben.

3. Die heutige Solidaritätskonferenz beweist, daß die IG Metall dieser Ein-

kreisungspolitik der Arbeitgeber und ihrer politischen Bundesgenossen nicht isoliert entgegentritt.

Die IG Metall hat Bundesgenossen und Verbündete im nationalen Rahmen. Wir werden uns gegen die Spaltungsabsichten der Arbeitgeber mit der solidarischen Unterstützung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wehren.

Die IG Metall hat Wegbereiter und Bundesgenossen im internationalen Rahmen. Unsere Bruderorganisationen im Ausland haben auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung konkrete Programme beschlossen und praktische Fortschritte erkämpft.

4. Die kommenden Wochen und Monate werden beweisen, daß die IG Metall der Tabupolitik der Arbeitgeber nicht hilflos ausgeliefert ist.

Wir haben uns in der Vergangenheit geschlossen und solidarisch gegen den Mißbrauch der Krise durch die Arbeitgeber gewehrt. Das geschah inner- und außerhalb der Betriebe. Das geschah mit jener Verbindung von tarif- und gesellschaftspolitischer Mobilisierung, die eine neue Qualität der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Beschäftigungskrise eingeläutet hat. Alle diese Aktionen haben Reallohnabbau und Beschäftigungsabbau, staatliche und unternehmerische Übergriffe nicht aus der politischen Landschaft verbannt. All diese Aktionen haben aber die Bereitschaft der IG Metall zur Gegenwehr, die Fähigkeit der IG Metall zur Mobilisierung der Mitglieder auch und gerade in der Krise unterstrichen.

Wir werden auch in der Zukunft geschlossen und solidarisch zusammenstehen. Das wird der Fall sein, obwohl die Politik der Metallindustriellen systematisch darauf angelegt ist, die Arbeitnehmer einzuschüchtern und auseinanderzudividieren. Das wird der Fall sein, weil Mitglieder und Funktionäre der IG Metall durch eine grundlegende Einsicht und eine grundlegende Erfahrung

zusammengehalten werden: Das ist die Einsicht, daß die prinzipielle Trennungslinie in der bestehenden Gesellschaft nicht zwischen Deutschen und Ausländern, nicht zwischen Männern und Frauen, nicht zwischen Jungen und Alten verläuft, sondern zwischen Arbeit und Kapital.

Das ist die Erfahrung, daß der einzelne Arbeitnehmer auf sich allein gestellt immer ohnmächtig bleibt, daß die organisierte Arbeitnehmerschaft als Ganzes in der Lage ist, der Macht des großen Geldes die Kraft der großen Zahl entgegenzustellen.

[...]

Um dem entschlossenen Widerstand des gesamten Arbeitgeberlagers wirkungsvoll zu begegnen, ist die konsequente Zusammenarbeit und der unverbrüchliche Zusammenhalt innerhalb des DGB und zwischen den Einzelgewerkschaften notwendig.

[...]

Die Verwirklichung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich wird in der Metallverarbeitung rund 235 000 Arbeitsplätze, in der Gesamtwirtschaft rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze sichern und schaffen. Das allein reicht nicht aus, um die vorhandene Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen und die drohenden beschäftigungspolitischen Fehlentwicklungen der Zukunft zu verhindern. Aber es ist ein entscheidender Beitrag zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Unser Engagement in der Öffentlichkeit hat erste Früchte getragen. Hier und heute bekennen sich aktive Gewerkschafter und prominente Politiker, Vertreter der Kirchen und der sozialen Gruppen zum großen Ziel der Wochenarbeitszeitverkürzung, zum aktiven Einsatz der IG Metall für die 35-Stunden-Woche. Geführt und entschieden wird die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich letztlich in den Betrieben.

Wir müssen im Betrieb und am betrieblichen Beispiel der Kostenlüge von Gesamtmetall, der Arbeitgeberlegende von der Vernichtung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit entgegnetreten. Wir müssen den Belegschaften in der unmittelbaren Konfrontation mit dem konkreten Arbeitgeber im Betrieb den politischen Charakter des Konflikts verdeutlichen. Kein Arbeitgeber darf die Chance erhalten, sich als Sozialapostel und Gerechtigkeitsfanatiker aufzuspielen, dem angeblich durch die harten ökonomischen Realitäten die Hände gebunden seien.

Noch nie war für die Durchsetzung einer Forderung entscheidend, wie richtig und wie vernünftig sie war. Alle sozialen Erfolge der Arbeitnehmer mußten gegen einen mehr oder weniger starken Widerstand der Arbeitgeber und ihrer Verbündeten erkämpft werden. Für die Durchsetzung einer Forderung entscheidend ist die Kampfkraft der Organisation und das Engagement ihrer Mitglieder. Die IG Metall ist und bleibt eine Kampforganisation im Interesse der arbeitenden Menschen."

Auszüge aus der Rede Kurt van Haarens

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist vernünftig; sie ist logisch und abgewogen; sie ist durchdacht und sachgerecht; sie ist sozialpolitisch gerecht; sie ist finanzierbar, ja, Kolleginnen und Kollegen, sie ist unser solidarischer tarifpolitischer Beitrag zur Sicherung vorhandener und zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze - also unser Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir wissen, unsere Gesellschaft und auch unsere Volkswirtschaft werden durch den Skandal der Massenarbeitslosigkeit schwer geschädigt und nicht durch die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche.

Uns plagt nicht die Lust zum Untergang — im Gegenteil!

Und deshalb lassen wir uns nicht auseinanderdividieren. Wir haben doch nicht im letzten Jahr zu Hunderttausenden an vielen Orten gegen Sozialabbau und für aktive Beschäftigungspolitik demonstriert, um uns heute einen Klassenkampf zwischen Arbeitsplatz-Besitzern und Arbeitslosen von solchen politischen Kräften einreden zu lassen, die unseren Kampf gegen die Beschäftigungskrise, die unsere Forderung nach der 35-Stunden-Woche als dumm und töricht bezeichnen.

[...]

Wir lassen uns nicht spalten, nicht in törichte und vernünftige Gewerkschaften, nicht in dumme und einsichtige, nicht in verantwortungsbewußte und verantwortungslose Gewerkschaften und schon gar nicht in „Regierungstreue und Systemveränderer“.

Statt zu verunglimpfen und zu denunzieren täte die Bundesregierung doch besser daran zu erklären, welche konkreten beschäftigungswirksamen Maßnahmen sie, abseits reiner Gesundheitsbetriebe, eingeleitet hat oder ergreifen will, um die Zusammenballung der Probleme aus Wirtschafts- und Strukturkrise, dem unvermindert anhaltenden Zustrom geburtenstarker Jahrgänge auf dem Arbeitsmarkt und der Vernichtung von Arbeitsplätzen durch Mikroelektronik, also wie sie der Massierung der Beschäftigungsprobleme jetzt und heute begegnen will.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Im Gerede von einer Flexibilisierung der Arbeitszeit und im vorliegenden Regierungsentwurf zur Vor-Ruhestandsregelung, also in Maßnahmen, die der Arbeitnehmer durch Lohnverzicht und Rentenabbau bezahlt, können wir jedenfalls keine beschäftigungspolitische Perspektive und schon gar nicht eine Alternative zur Wochenarbeitszeit-Verkürzung erkennen.

[...]

Was wir gemeinsam brauchen ist: Arbeit für alle; was wir gemeinsam brauchen sind Ausbildungs- und Arbeitsplätze!

Eine noch so geschickte Propaganda von Unternehmern wie Bundesregierung, von privaten wie öffentlichen Arbeitgebern kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß man sich aus der beschäftigungspolitischen Verantwortung davonestehlen will. Statt neue Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung zu schaffen, werden allein in diesem Jahr ca. 40000 Stellen im öffentlichen Dienst abgebaut und Jahr für Jahr sollen allein aus fiskalischen Gründen in zigtausendfacher Höhe Arbeitsplätze vernichtet werden.

[...]

Dies, können wir angesichts von 2,3 Millionen Arbeitslosen nicht hinnehmen. Und genauso wenig wollen wir hinnehmen, daß immer weniger Arbeitnehmer immer mehr leisten müssen. Wir wollen nicht hinnehmen, daß die Frühinvalidität ständig zunimmt und die Arbeitnehmer immer mehr ausgepowert werden, während gleichzeitig millionenfach Menschen von der Arbeit ausgesperrt sind. Es ist makaber, daß nach der amtlichen Statistik der Bundespost mehr als 75 Prozent der Beschäftigten in den Post- und Fernmeldeämtern wegen Dienst- bzw. Erwerbsunfähigkeit vorzeitig kaputtgeschrieben werden.

Zugleich beweist dieser makabere Zustand, daß aus humanen Gründen die Forderung nach einer Vorverlegung der Altersgrenze sehr wohl ihre volle Berechtigung hat. Unter beschäftigungswirksamen Aspekten geht eine solche Forderung bei der Bundespost jedoch zum größten Teil ins Leere.

Mit anderen Worten: Wir brauchen die Verkürzung der Wochenarbeitszeit, wir als Deutsche Postgewerkschaft fordern mit Euch die 35-Stunden-Woche!

[...]

Ihr wißt, wir haben zu keiner Zeit gelehnet, daß die Verkürzung der Arbeitszeit Geld

kostet. Jawohl, die 35-Stunden-Woche kostet Geld! Aber nicht zwölfundeinhalb und schon gar nicht vierzehn Prozent. Wer ernst genommen werden will, wer seriös rechnet und nicht das Volk verdummen will, der muß doch wohl zugeben, daß zum Beispiel bei einem Personalkostenanteil von 52 Prozent die 35-Stunden-Woche für die Bundespost eine Gesamtkosten-Steigerung von sechs bis sieben Prozent bedeutet. Und sollte der Arbeitgeber die Beschäftigungswirkung der 35-Stunden-Woche um die Hälfte unterlaufen — was ja immer angedroht wird — dann, Kolleginnen und Kollegen, ergäbe sich ganz und gar nur eine Kostensteigerung von drei bis dreieinhalb Prozent.

Wer es also ehrlich meint, der soll sich mit uns an den Verhandlungstisch setzen und über die Einführung der 35-Stunden-Woche verhandeln, der soll mit uns über einen großen Schritt der Wochenarbeitszeit-Verkürzung verhandeln, also über durchaus realistische Kostengrößen!

Wir als Deutsche Postgewerkschaft wünschen sicher genauso wie Ihr, daß die IG Metall bei der 35-Stunden-Woche auf dem Verhandlungsweg vorankommt. Doch wenn Herr Esser und Herr Kirchner meinen, Euch vorführen zu sollen, wenn sie Machtpolitik an die Stelle von vernünftiger Tarifpolitik setzen wollen, ja, wenn sie auf Euch einschlagen und damit zugleich alle DGB-Gewerkschaften treffen wollen, dann werden diese Herren und ihre Hilfstruppen ihr blaues Wunder erleben. Dann werden wir ihnen vorführen, zu welcher Solidarität die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund fähig sind!"

Wir brauchen beides: Verkürzung der Lebens- und der Wochenarbeitszeit

Arbeitszeitkonferenz
von fünf Gewerkschaften*
am 2. Dezember 1983 in Hamburg

Auszüge aus der Rede des
1. Vorsitzenden der Gewerkschaft
Nahrung-Genuß-Gaststätten,
Günter Döding:

[...]

„Unser Thema heißt... Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit den Mitteln der Arbeitszeitverkürzung. Ein Thema, das für alle Gewerkschaften als gemeinsames Ziel außer Frage steht. Als einen beschreibbaren Weg zum Abbau dieses Notstandes „Massenarbeitslosigkeit“ sehen wir unser gemeinsames Konzept einer tariflichen Vor-Ruhestandsregelung zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit.

Kolleginnen und Kollegen, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit sind für uns keine Gegensätze. Wir sehen die Verkürzung der Lebensarbeitszeit auch nicht alternativ zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit, sondern wir brauchen beides. Es geht allein darum, Schritte möglich zu machen, die schnell und zugleich wirksam den gesellschaftlichen Druck, der von der Arbeitslosigkeit ausgeht, abzubauen.

[...]

2,5 Millionen Arbeitslose — so lauten die Prognosen für's nächste Jahr; und, ändert sich nichts, lauten die Status-quo-Berechnungen bis 1990 durch die feststehende demographische Entwicklung in unserem Land: Zusätzlich 700000 Jugendliche auf der Suche nach Arbeitsplätzen.

Die von uns geforderte Vor-Ruhestandsregelung könnte rund 500000 Arbeitsplätze

freimachen. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden - immer vorausgesetzt, daß sie auf einen Schlag kommt — bringt noch einmal 1,2 bis 1,4 Millionen Arbeitsplätze. Wir sehen, selbst beides zusammen reicht nicht.

Auf die viel beschworenen Selbstheilungskräfte der Wirtschaft oder auf die positive Veränderung der weltwirtschaftlichen Lage zu warten oder zu hoffen, reicht ebenfalls nicht und widerspricht unserem gewerkschaftlichen Selbstverständnis und Verantwortungsbewußtsein. Deshalb fordern wir neben der Verkürzung der Arbeitszeit gezielte staatliche Maßnahmen. Dazu gehören vor allem ein beschäftigungswirksames Arbeitsmarktprogramm und die Förderung des qualitativen Wachstums sowie die Novellierung der aus der Nazi-Zeit stammenden Arbeitszeitordnung, um endlich der nicht mehr verantwortbaren Mehrarbeit in den Betrieben zu Leibe rücken zu können. Schließlich gehört dazu auch das Verbot von Leiharbeit und die Einführung einer Höchstgrenze für hinzuverdienende, gut versorgte Rentner, die heute in unverantwortlicher Weise mit den Arbeitssuchenden auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren.

Für uns heißt der Kampf für Arbeitszeitverkürzung und mehr Mitbestimmung schlicht Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und zugleich die Aufschließung eines neuen Weges zur Humanisierung der Arbeitswelt.

[...]

Unser Vorschlag erfüllt alle von den Gewerkschaften geforderten Kriterien und er ruht auf zwei wichtigen und tragfähigen Säulen:

1. Er ist beschäftigungswirksam, weil statt verharrender Arbeitszeitordnung hier eine bewegliche Arbeitszeit möglich gemacht wird.

* Bau-Steine-Erden, Bergbau und Energie, Chemie-Papier-Keramik, Nahrung-Genuß-Gaststätten und Textil-Bekleidung.

2. Er trägt zur Humanisierung der Arbeit bei, weil er die Tarifvertragsparteien und damit uns und die Arbeitnehmer in die Gestaltung einbezieht.

Ich gehe nicht buchhalterisch vor, sondern im Sinne der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse. Deshalb sieht unser Vorschlag vor:

- Arbeitnehmern ab dem 58. Lebensjahr die Möglichkeit zu geben, freiwillig vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuscheiden, um dafür einem jüngeren Arbeitslosen oder Schulabsolventen einen Arbeitsplatz zu geben.
- Dem freiwillig ausgeschiedenen Arbeitnehmer soll ein Vor-Ruhestandsgeld in Höhe von 75 % seines bisherigen Nettoeinkommens gezahlt werden.

Dieses Vor-Ruhestandsgeld soll zu 2/3 über den Bundshaushalt und zu 1/3 durch tarifvertragliche Regelungen aufgebracht werden. Ich möchte darauf hinweisen: Hier wirken staatliche und autonome Sozialpolitik zusammen. Die Regelung setzt nicht nur ein Zusammenwirken von Staat und Tarifvertragsparteien voraus, sondern sie vollzieht sich im Rahmen sozialer Ordnung, denn: Für die ausgeschiedenen Arbeitnehmer sollen Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge in voller Höhe auf der Grundlage ihres vorherigen Bruttoeinkommens anteilig vom Bund und durch tarifvertragliche Regelung aufgebracht und weiterbezahlt werden.

[...]

Freiwilligkeit, Wiederbesetzung, Kontrolle und Reversibilität sind... die Eckpfeiler, auf denen wir unsere Vor-Ruhestandsregelung aufbauen.

[...]

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit und die Verkürzung der Wochenarbeitszeit sind für uns keine Gegensätze.

[...]

Kolleginnen und Kollegen, die Mehrheit der älteren Arbeitnehmer schleppt sich aufgrund der ständig steigenden Arbeitssetze und des durch den technologischen Wandel in den Betrieben verursachten psychischen und nervlichen Drucks über die Runden. Und vergessen wir in diesem Zusammenhang auch nicht den zusätzlichen Druck, dem die Arbeitnehmer durch liberal-konservative Wendepolitik ausgesetzt sind. Ihnen bleibt häufig nur die mit ärztlicher Hilfe vorgenommene Flucht in die Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente. Wenn dieser Fluchtweg, aus welchen Gründen auch immer, nicht offensteht, fallen diese älteren Arbeitnehmer in das betriebliche Ausleseverfahren. Für menschliche Rücksichtnahme ist da kein Platz, was zählt, ist ausschließlich die betriebswirtschaftliche Kostenrechnung, und die wird zu Lasten der Allgemeinheit aufgemacht.

Das Ganze findet dann in den Betrieben noch unter der Überschrift „Humanität am Arbeitsplatz“ statt. In der Regel sieht es aber so aus, daß z. B. Männer in den erzwungenen Ruhestand geschickt werden, vier bis fünf Jahre bis zum 63. Lebensjahr Leistungen aus der Sozialversicherung beziehen, aber keine Beiträge mehr für sie entrichten. Für die Arbeitgeber ein zusätzliches Geschäft; denn sie „sparen“ auch hier noch.

Unser Vorschlag... bedeutet eine größere Flexibilität bei der Lebensarbeitszeit *und* für das Umsetzen von Sozialplänen. Diese Umsetzung wird immer schwieriger durch den zunehmenden Druck, der aus der Krise entsteht, wie z. B. Arbed Saarstahl uns zeigt. Gerade deshalb brauchen wir eine Sicherung auf gesetzlicher *und* tariflicher Ebene.

In den 70er Jahren bis Anfang der 80er Jahre waren betriebliche Sozialpläne, besonders abgestellt auf ältere Arbeitnehmer, kaum ein Problem. Das hat sich aber entschieden geändert. Es sind deshalb alle Unternehmen qua Tarifvertrag zu beteiligen. Und wer jetzt davon spricht, daß in einigen

größeren Bereichen und Unternehmen sich kaum noch Arbeitnehmer über 58 Jahre befinden, muß wissen, daß er mit Zahlen und einer Situation von gestern operiert und so tut, als gäbe es in den nächsten Jahren keine 58jährigen Arbeitnehmer mehr.

Und noch eines: Nur jeder vierte Arbeitnehmer in der Bundesrepublik ist in einem Großunternehmen tätig, aber 63 Prozent der Beschäftigten verdienen ihr Brot in kleinen und mittleren Unternehmen. Aber jedes zweite Großunternehmen macht von der 59er-Regelung Gebrauch. Die finanziellen Folgen der 59er-Regelung aber haben alle zu tragen, deshalb ist sie sozial- und haushaltspolitisch nicht mehr tragbar. Wenn Ihr so wollt, sind dies dem Grunde nach versteckte Subventionen zu Lasten der Allgemeinheit. Und das alles ohne Wiederbesetzung der Arbeitsplätze. Diese Arbeitsplätze sind in aller Regel für immer verloren, ohne Garantie, daß die verbleibenden Arbeitsplätze dadurch sicherer werden.

Wir haben es mit einem neuen sozialökonomischen Dreiecksverhältnis zu tun:

- a) Das Tempo der Arbeitszeitverkürzung ist geringer geworden, es tendiert gegen Null.
- b) Die Produktivitätszuwächse sind höher als das wirtschaftliche Wachstum.
- c) Die demographische Entwicklung wirkt sich aus und das heißt unter dem Strich, daß die Durchsetzung von Sozialplänen immer schwieriger wird.

Es ist also ein großer politischer Handlungsbedarf gegeben, um den Älteren die Möglichkeit des freiwilligen, selbst bestimmten Ausscheidens zu geben. Alle Umfragen der jüngsten Vergangenheit zeigen, daß die Verkürzung der Lebensarbeitszeit einen hohen Stellenwert bei unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben hat. Und das zeigen auch die positiven Erfahrungen, die wir in unseren Bereichen mit der Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer gemacht haben.

[...]

Von verschiedenen Seiten wird nun die Meinung vertreten, eine Vor-Ruhestandsregelung würde die Älteren infolge eines „stummen Zwanges“ aus dem Betrieb drücken. Uns belastet jetzt jedoch immer mehr, daß Ältere rücksichtslos in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, und zwar ohne Alternative.

Jene Kritiker sollten aber auch bedenken, daß es gewiß keine Privilegierung ist, wenn vor dem Hintergrund des wirtschaftlichen Notstandes älteren Menschen das Angebot gemacht wird, freiwillig und vorzeitig aus dem Arbeitsleben auszuschneiden. Hier sollte keine zu theoretische Diskussion geführt werden, denn je länger die Depression anhält, um so mehr muß allen klar sein, daß man den Älteren die Antwort nicht schuldig bleiben darf. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß wir bis Ende des Jahrhunderts Jahrgänge vor uns haben, die extremen Belastungen ausgesetzt waren.

Auch diese Überlegungen sollten bei einer politischen Abwägung Berücksichtigung finden. Mit der von uns vorgeschlagenen Vor-Ruhestandsregelung helfen wir aber nicht nur älteren Kolleginnen und Kollegen, sondern - was genau so wichtig ist - wir schaffen die Voraussetzung für eine bessere berufliche und gesellschaftliche Perspektive der jungen Menschen.

[...]

Unser Vorschlag will gleichzeitig mit dazu beitragen, die durch die Massenmedien und durch bestimmte politische Kreise herbeigeredete Kluft zwischen den aktiv Beschäftigten und arbeitslosen Arbeitnehmern wieder zu überwinden, denn die aktiv beschäftigten Arbeitnehmer verzichten auf einen Teil ihrer Entgelterhöhungen, um die tarifvertragliche Vor-Ruhestandsregelung zu ermöglichen. Arbeit ist doch kein Privileg und erst recht kein Recht für Arbeitgeber, Druck auszuüben.

Dies ist ein deutlicher Solidaritätsbeitrag der Beschäftigten an die Nichtbeschäftigten, der älteren Arbeitnehmer an die jüngeren Arbeitnehmer. Die Wiederbesetzungspflicht des freigewordenen Arbeitsplatzes vermittelt dem älteren, freiwillig ausscheidenden Arbeitnehmer auch ein Stück persönlich erlebter Solidarität, wenn er einen jüngeren Arbeitslosen auf seinen Arbeitsplatz kommen sieht.

Wie groß könnte der Entlastungseffekt nun für den Arbeitsmarkt aussehen? Nach unseren Berechnungen und denen von Experten aus der Bundesanstalt für Arbeit und dem Arbeitsministerium haben wir derzeit in der Bundesrepublik einschließlich Berlin rund 910000 anspruchsberechtigte Arbeitnehmer im Alter zwischen dem 58. und dem 65. Lebensjahr. Dieser Anteil älterer Arbeitnehmer setzt sich zusammen aus 360000 Arbeitnehmern im Alter von 60 bis 65 Jahren, 270000 im Alter von 59 Jahren sowie 280000 im Alter von 58 Jahren. Wenn von diesen 910000 Arbeitnehmern die ab dem 60. Lebensjahr zu rund zwei Drittel und die ab dem 58. Lebensjahr etwa zur Hälfte unsere Vor-Ruhestandsregelung in Anspruch nehmen, könnten wir eine Arbeitsmarktentlastung von rund 515 000 Personen erreichen. Durch unseren Vorschlag können wir somit mehr als nur den jüngeren Arbeitskräften wieder einen Arbeitsplatz und eine sinnvolle Perspektive schaffen.

Unser Ziel, die tarifliche Vor-Ruhestandsregelung, können wir aber nur erreichen, wenn der Gesetzgeber hierzu die Voraussetzungen durch ein Rahmengesetz schafft. Und hier tut Eile not!"

Teilen der Arbeit ist gefordert

Stellungnahme des ökumenisch-sozialethischen Arbeitskreises Kirche - Gewerkschaften vom 3. Februar 1984

Evangelische und katholische Theologen (Hochschullehrer und Industriepfarrer) haben zusammen mit DGB-Gewerkschaftern eine ökumenische Arbeitsgemeinschaft gebildet und eine umfangreiche Stellungnahme zur 35-Stunden-Woche erarbeitet.

In ihr üben sie Kritik an der politischen Behandlung der weiter ansteigenden Massenarbeitslosigkeit. Sie stellen den sozialen Charakter der Marktwirtschaft in Frage.

Die Unterzeichner kennzeichnen die gegenwärtige Beschäftigungskrise als gesellschaftlichen Umverteilungsprozeß, den sie als Herausforderung für ihre Verantwortung begreifen. Ihre Zielvorstellungen lauten:

Durchsetzung der Versöhnung von Arbeit und Leben angesichts der Zunahme der Arbeitsverdichtung *innerhalb* der Arbeit und Gleichverteilung der vorhandenen Arbeit durch

- „1. Allgemeine tarifliche Arbeitszeitverkürzung,
2. Begrenzung der Mehrarbeit und Freizeitausgleich für geleistete Überstunden,
3. Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch vorgezogenes Rentenalter.“

In der Wochenarbeitszeitverkürzung sehen sie die vorrangige Aufgabe. Sie haben angekündigt, den gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu unterstützen. Der gegenwärtige Streit um diese gewerkschaftliche Forderung stellt für sie eine Machtfrage dar, einen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital.

**Auszug aus der Stellungnahme:
„5. Arbeitszeitverkürzung -
eine Machtfrage**

Arbeitszeitverkürzung war auch bislang schon immer eine Frage gesellschaftlicher Macht. Das wird deutlich, wenn man das Tempo der Arbeitszeitverkürzung in den letzten 20 Jahren betrachtet. Wurde zwischen 1960 und 1975 die tatsächliche Arbeitszeit um durchschnittlich 0,9 Prozent jährlich verkürzt, so sank diese Rate im Zeitraum von 1975 bis 1982 auf weniger als die Hälfte, nämlich durchschnittlich 0,4 Prozent. In diesen Jahren formierte sich zunehmend deutlicher der arbeitgeberseitige Widerstand gegen die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Die Ablehnung jeglicher tarifvertraglicher Vereinbarungen über eine 35-Stunden-Woche wurde zu einem der markantesten Punkte im sogenannten Tabukatalog der Arbeitgeberverbände und kennzeichnet nach wie vor die Einstellung auch im gegenwärtigen Tarifkonflikt. Der Arbeitskampf der IG Metall in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern endete 1978 mit der befristeten Ablehnung der schon damals von den Gewerkschaften geforderten Arbeitszeitverkürzung.

Die jetzige, anhaltende Wirtschafts- und Beschäftigungskrise hat das Kräfteverhältnis zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern noch weiter zugunsten der Unternehmensseite verschoben. Je mehr die menschliche Arbeit durch Maschineneinsatz ersetzt werden kann, desto mehr profitieren die Arbeitgeber von den Vorteilen eines reichlichen Arbeitskräfte-Angebots. Über 30 Arbeitslose kommen heute auf eine offene Stelle. Die Folgen sind erkennbar in der tiefgreifenden Verunsicherung ganzer Belegschaften, die sich im Rückgang der Krankheitsquoten und der Anträge auf Heilverfahren, aber auch im freiwilligen Verzicht vieler Arbeitnehmer auf ihnen zustehende Rechte sowie in einem geschwächten Aktions- und Durch-

Setzungsvermögen der Gewerkschaften in Tarifkonflikten niederschlägt.

Korrespondierend dazu ist die gegenwärtige Situation geprägt durch jene... Umverteilungsbewegung von unten nach oben. Arbeitnehmern und Sozialleistungsempfängern werden tiefe Einschnitte in das soziale Netz zugemutet. Bestehende soziale Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten werden zunehmend vertieft.

Verschiedentlich wurden von einzelnen Unternehmen im Verein mit öffentlichen Meinungsmachern auch groß angelegte Einschüchterungskampagnen mit dem Ziel einer Erpressung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften in Szene gesetzt, so etwa bei den Verzichtszumutungen gegenüber der Belegschaft von ARBED-Saarstahl. Dieser Klassenkampf von oben zielt darauf ab, die Gewerkschaft als einzige Organisation der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen in unserer Gesellschaft handlungsunfähig zu machen; gesellschaftspolitisch ist dies ein Rückfall ins 19. Jahrhundert.

Der Versuch, in der gegenwärtigen Entscheidungsphase Arbeitnehmer weiter zu verunsichern und sie so davon abzuhalten, aktiv für ihre Interessen einzutreten, erfolgt z. T. mit fragwürdigen Argumenten: Die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft stehe auf dem Spiel; nicht mehr, sondern weniger Arbeitsplätze seien die Folge, wenn Arbeitszeitverkürzung in Form der 3 5-Stunden-Woche statt nach den Vorstellungen der Arbeitgeber verwirklicht werde. Schließlich werden auch die Arbeitnehmer gegen ihre Gewerkschaften ausgespielt: Umfragen der Arbeitgeber sollen nachweisen, daß die Arbeitnehmer von einer Wochenarbeitszeitverkürzung nichts halten. Demgegenüber haben Repräsentativumfragen führender Institute verdeutlicht, daß die Arbeitszeitverkürzung als Mittel einer gerechten Verteilung von Arbeit und Einkommen bei den

Arbeitnehmern akzeptiert ist. Soziale Gerechtigkeit bei der Verteilung von Arbeits- und damit Einkommensmöglichkeiten rangiert z. B. nach einer Studie der Bielefelder Fakultät für Soziologie an der Spitze der Befürwortungsgründe von Arbeitszeitverkürzungen.

Dieselbe Studie macht auch deutlich, daß die Mehrheit der Beschäftigten sich für solche Arbeitszeitverkürzungen ausspricht, die sofort wirken: Über 56 Prozent votierten entweder für Urlaubsverlängerung oder für Wochenarbeitszeitverkürzung, während die Befürworter einer Lebensarbeitszeitverkürzung demgegenüber in der Minderheit blieben.

Der gegenwärtige Streit um die Arbeitszeitverkürzung trägt die Züge eines Machtkampfes innerhalb der Gesellschaft und ist ein Konflikt zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeitgeber verbinden mit der Argumentation gegen die Wochenarbeitszeitverkürzung eine Verzichtskampagne, an der sich auch Vertreter der offiziellen Wirtschaftspolitik beteiligen. Damit versucht man, die Verunsicherung großer Teile der Arbeitnehmerschaft im Sinne der Unternehmerinteressen auszunutzen. Die bevorstehende Auseinandersetzung wird erweisen müssen, ob den Arbeitgebern überhaupt an der Herstellung der Vollbeschäftigung als einer der wesentlichsten Grundlagen des Friedens und einer tatsächlich Sozialen Marktwirtschaft liegt, oder ob sie die Arbeitszeitpolitik lediglich als machtpolitisches Instrument einsetzen wollen.

In dem Maße, in dem Arbeitszeitverkürzung zur gerechteren Verteilung von Arbeits- und Einkommensmöglichkeiten führt, stärkt sich dann die Position der Arbeitnehmer in der Gesellschaft insgesamt und schafft größere soziale Gerechtigkeit. Wir stehen am Scheideweg."

„Irrsinn, Lüge, Erpressung, Dolchstoß, Sabotage"

Jahresmitgliederversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände am 12./13. Dezember 1983 in Bonn-Bad Godesberg

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) eröffnete ihre Mitgliederversammlung in Bad Godesberg mit Vorträgen und anschließender Aussprache in vier Arbeitskreisen. Die Arbeitsgruppe I zum Thema „35-Stunden-Woche - ein gefährlicher Irrweg" leitete BDA-Präsident Otto Esser. Als Referenten neben ihm kamen zu Wort: Dr. Wolfram Thiele, Präsident des Gesamtverbandes Metallindustrieller Arbeitgeberverbände, Albert Fischer, Vizepräsident und Tarifpolitischer Sprecher des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige e. V., Dr. Wilhelm Leiner, Geschäftsführer der Halberghütte GmbH in Saarbrücken-Brebach, Carl Albert Schiffers, Mitglied des Präsidiums der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels und Dr. Christian Seidel, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes des privaten Baugewerbes e. V.

Einig waren sich alle in der Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, da sie die Kostensituation der Betriebe weiter verschärfen würde. Als Alternative bot der BDA-Präsident eine Vorruhestandsregelung, etwa nach dem Zuschnitt der Bundesregierung, und flexible Arbeitszeiten an. Anderen Referenten ging selbst dieses Angebot bereits zu weit. So sprach sich der Vizepräsident der Holzindustrie für ein „grundsätzliches Nein zu jeder Forderung nach Arbeitszeitverkürzung" aus und hielt lediglich — wie alle anderen Referenten auch — die Flexibilisierung der Arbeitszeit für „wichtig".

Auszüge aus der Rede Otto Essers:

„35-Stunden-Woche-
ein gefährlicher Irrweg

Unsere Thematik . . . bedarf wohl keiner ausführlichen Begründung mehr.

[...]

Der Irrweg zeigt sich zunächst mit der Blickrichtung auf den Arbeitsmarkt. Die Gewerkschaften behaupten, daß nach Einführung der 35-Stunden-Woche nicht weniger als 1,4 Millionen Arbeitsplätze - praktisch also die Hälfte des rein rechnerischen Beschäftigungseffektes - freigemacht würden und damit der Arbeitsmarkt wirkungsvoll entlastet werden könnte. Sie behaupten darüber hinaus, daß mehr Freizeit für alle auch ohne Einkommenseinbußen der Arbeitnehmer erreichbar sei, man hält es sogar für möglich, trotz Arbeitszeitverkürzung die Einkommen für alle zu verbessern.

Wir alle - und wohl auch der weitaus größte Teil der Arbeitnehmerschaft - sind davon überzeugt, daß diese Traumvorstellung, den materiellen Wohlstand zu mehren, dabei weniger zu arbeiten und das wohlige Gefühl zu haben, gleichzeitig einen Beitrag zur Verbesserung der Lage der Arbeitslosen geleistet zu haben, in der Praxis nicht aufgehen wird. Eine solche Betrachtung hat eine fatale Ähnlichkeit mit der Erfindung des perpetuum mobile.

[...]

Die negativen Auswirkungen der 35-Stunden-Woche auf die unternehmerische Kostensituation und die internationale Wettbewerbsfähigkeit wären so gravierend, daß eine Verschärfung der Beschäftigungsprobleme zwangsläufig folgen müßte. Ich begrüße es daher ausdrücklich, daß der Bundeskanzler kürzlich in der Frage der Wochenarbeitszeitverkürzung so eindeutige Stellung bezogen hat.

Es kann nicht oft genug gesagt werden: Wir haben nicht zu wenig Arbeit, sondern der Preis der Arbeit ist in unserem Lande zu hoch geraten.

[...]

Ich werde so manches Mal in der Öffentlichkeit, aber auch aus den eigenen Reihen, gefragt, wie lange wir unseren Widerstand gegen offensichtlich vielfältiges gewerkschaftliches Drängen aufrechterhalten wollen. Lassen Sie mich dazu in aller Offenheit sagen: Wer davon überzeugt ist, daß ein Weg ein gefährlicher Irrweg ist, der ist verpflichtet, vor dem Beschreiten dieses Irrweges zu warnen.

Wenn die IG Metall und die IG Druck dennoch nicht von ihrer Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich abrücken und zur Durchsetzung allen Einwendungen zum Trotz bereits von Arbeitskampf sprechen, so verstärkt sich der Eindruck, daß in dieser Frage nicht die ökonomische Vernunft, sondern primär organisations- und machtpolitische Ziele im Vordergrund stehen. Man kann nur davor warnen, daß ein solches parteiliches Abdriften innerhalb der Gewerkschaften die Oberhand gewinnt."

Aussprache

In der Aussprache wurde die gewerkschaftliche Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche von verschiedenen Rednern u. a. als „Irrsinn“, „Lüge“, „Erpressung“, „Dolchstoß für die Wirtschaft“ und als „Sabotage“ bezeichnet, da sie z. B. Produktinnovationen und damit den Erhalt der internationalen Konkurrenzfähigkeit verhindern, weil dann auch die qualifizierten Arbeitnehmer weniger zu arbeiten hätten.

Überhaupt machten sich die Versammlungsteilnehmer in ihren Redebeiträgen über Wohl und Wehe der jetzt bald 2,5 Millionen Arbeitslosen recht wenig Gedanken. Viel-

mehr stand im Zentrum ihrer Sorgen der hochqualifizierte Angestellte, dessen Arbeitstätigkeit bei der Einführung der 35-Stunden-Woche nicht zu ersetzen sei - schon gar nicht durch die vielen Arbeitslosen, die doch im wesentlichen unqualifiziert seien.

In der weiteren Diskussion wurden die Gewerkschaften, die sich für die 35-Stunden-Woche einsetzen mit Bezeichnungen belegt wie: „Linkskartell, das es auf einen Arbeitskampf anlegt“, „linke Scharlatane, die kaputt machen, was gemeinsam aufgebaut wurde“; „Gewerkschaftsbonzes, die für die Marktwirtschaft nur Spott übrig haben“, „Linksradikale, denen es im Kern um eine andere Gesellschaft geht“.

Für das Verhalten der Arbeitgeber im Kampf gegen die 35-Stunden-Woche wurden u. a. folgende Vorschläge gemacht:

„Entscheidend ist, daß wir einen Keil zwischen die Gewerkschaften und ihre Basis bringen.“

„Unsere Aufgabe ist, alle, auch die kleinen und mittleren Unternehmer, zu schulen und zu drillen...“

„Alles muß versucht werden, auch den kleinsten und entferntesten Verband auf die Linie gegen die 35-Stunden-Woche einzuschwören“.

„Kompromisse sind ausgeschlossen. Es geht um keine Minute weniger als 40 Stunden, das ist schon entscheidend.“

„Wir müssen zusammenstehen, um den Durchbruch zu verhindern.“